

Volksstimme

Redaktion:
Galle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)
für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition:
Galle a. S., Gr. Ulrichstraße 27
Fernsprecher 6407

Nr. 158

Bezugspreis: Monatlich 175 Mk. frei Haus, bei Abholung 160 Mk. Bei den Postämtern monatlich 525 Mk. ohne Befreiung. Einzelnummer 15 Pfennig.

Galle, Dienstag, den 15. Juli 1919

Anzeigenpreis: Die 6 Spalten 10 Zeilen 60 Pfennig. 20 Zeilen im Wochenblatt 10 Pfennig. 30 Zeilen im Wochenblatt 10 Pfennig. — Inhalt der Belegblätter vom 10. Juli.

3. Jahrgang

Nöte, nichts als Nöte.

Galle, den 15. Juli 1919.

Ueber die Befreiung beim Reichswirtschaftsministerium über die Kohlenlage haben wir bereits berichtet. Danach ist die Lage auf dem Kohlenmarkt äußerst ernst und die Aussichten für den kommenden Winter können nicht rosigler gedacht werden.

Da drängt sich die Frage auf, ob auch alles nur den Vorrat an Kohlen geschleht, um die Produktion zu erhalten, oder ob auch Maßnahmen, die eine Mehrförderung an Kohlen ermöglichen.

Die Regierung selbst scheint ratlos zu sein. Sie wendet sich an die Öffentlichkeit mit der Aufforderung, sich über den Ernst der Lage klar zu werden. Aber was ist damit gewonnen, wenn alles Volk begreifen lernt, wie sehr

unser ganzes Leben abhängig geworden ist von der Kohle.

Die wichtigste Grundlage unserer gesamten Volkswirtschaft, ohne die wir kein Brot backen, keine Häuser bauen, kein Kleidungsstück anfertigen können? Was wäre selbst damit gewonnen, daß dieser ein so gering geschätzte und unter erbärmlichen Arbeitsbedingungen zutage geförderbare „schwarze Diamant“ seiner ungeheuren Bedeutung entsprechend gewürdigt und in seiner gesamten noch erhabenen Menge jetzt endlich in den Gemeinbesitz des Staates überführt würde? Durch die sogenannte Sozialisierung des Kohlenhandels war ja ein Anfang dazu gemacht. Die Kohle sollte — so lautete damals die Forderung — von dem Augenblick an, wo die Förderanlage aus dem Bergbau, dem Privateigentum und damit der Spekulation des freien Handels entzogen sein. Aus dieser haben Maßnahmen eine ganze zu machen, nämlich die Kohlenförderung der Erde selbst zu verstaatlichen, hat man sich damals nicht entschließen können, wenn sicherlich auch die Absicht bestand, sie schließlich durchzuführen. Man befürchtete einen Rückgang der Produktion, der freilich kaum zu vermeiden wäre sein können, als er nun auch unter Verbeugung der Privatbesitzer eingetreten ist. Aber eingetreten wurde dieser Rückgang wohl auch bei Sozialisierung des Kohlenhandels, sofern diese Maßnahme gewesen wäre. Denn der Rückgang der Kohlenförderung in dieser Zeit ist auch unabhängig von der Frage der Sozialisierung hinreichend zu erklären. Er ist die Folge des

ungeheuerlichen Raubbaues,

der vor und während des Krieges nicht nur an den Kohlenlagern der Erde, sondern mehr noch mit der Arbeitskraft der Kohlenbergleute getrieben worden ist. Keine Klasse von Arbeitern in Industrie und Handel ist schamloser geknechtet, nichtswürdiger ausbeutet worden als die Kohlenarbeiter der Kohlenzone. Der „Anker“ der Maschinen“ der sich dort test in selbstmörderischen Streiks, in klumpfingiger Resistenz, in den blöden „Sozialisierungs“-Verträgen auf eigene Faust aufhärte — dieser Unverstand der Maschinen ist von den abeligen und nichtadeligen Besessenen systematisch geschäftet worden durch die jahrgelange Niederhaltung der Bergbaufluten. Nirgends war früher die Unterdrückung der Arbeiterorganisationen schlimmer, nirgends die Zersplitterung der Gewerkschaften, nachdem diese doch Fuß gefaßt hatten, auf konfessioneller und politischer Grundlage größer als dort.

Alles das rührt sich jetzt, und die alten Verbände, die alle besonnenen Elemente der Arbeiterchaft, soweit sie der mahnendernde Krieg überhaupt am Leben gelassen, noch umfassen, stehen dem reißenden Strom impudischer Empörung ebenso machtlos gegenüber wie die Regierung.

Es sind Vorkämpfer aufgetaucht, die Kohlenförderung zu einer nationalen Angelegenheit zu machen, das heißt: alle verfügbaren und geeigneten Arbeitskräfte sollten nach den Kohlenzonen dirigiert werden, um durch möglichst günstige Bedingungen und

Anwesenheit des Pflichtgefühls

noch zunächst einmal dem Arbeitermangel abzuhelfen. Eigentlich hände ein solcher freiwilligen-Zuruf nicht mehr im waterländischen Interesse als die freiwilligen Anrufe für irgendwelche Truppenteile, die gerade dort zuerst wieder verschwinden müßten, wo wirklich gearbeitet werden soll. Unter allen Umständen wäre ein solches freiwilligen-System für den Bergbau jeder auswärts eingeleitete Dienstpflicht vorzuziehen. Aber Voraussetzung dafür wäre auch, daß von vornherein jeder wilden Streikpropaganda der Boden entzogen würde. Eine den guten Seiten des militärischen Systems nachgebildete Disziplin müßte freiwillig von der gesamten Bevölkerung aller Klassen erzwungen werden. Und erst recht selbstverständlich müßte sein, daß diese freiwillige Arbeiterarmee keinem privaten Unternehmer mehr dienbar gemacht, sondern daß die Gruben selbst nur auf schnellstem Wege in Staatsbesitz genommen und verwandelt würden. Die Regelung der Entschädigungsfragen könnte angesichts des aktuellen Notstandes trotz der Zukunft überlassen bleiben.

Durchgreifende Maßnahmen müssen jetzt getroffen werden. Davon daß ganze Volk zu überzeugen, kann einzig Sinn und Zweck des obigen Aufrufes an die Öffentlichkeit sein. Wir müssen mehr und wir müssen billiger e Kohlen bekommen. Sonst steht binnen kurzer Frist nicht nur aller Verkehr, sondern auch alle sonstige Tätigkeit still. Nicht mit Unrecht ist des öfteren darauf hingewiesen worden, daß die geradezu niederdrückenden Schwierigkeiten, die sich der Durchführung unserer Wohnungs- und Siedlungspläne entgegenstellen, letzten Endes begründet sind in dem Kohlenmangel, der jede Initiative, jeden Unternehmensgeist lähmt.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Weimar, 14. Juli. Ueber die Vorbereitungen für die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen führte der sozialdemokratische Abgeordnete Stüden in einem längeren Vortrag in der Sitzung des Reichstages von deutschen Kriegsgefangenen haben bisher, abgesehen von einem kleinen Transport der im Saargebiet beheimateten, nicht zurückgefunden. Frankreich hat 840 000, England 195 000 und Amerika 50 000 deutsche Kriegsgefangene. In Sibirien sind 20 000 Kriegs- und 30 000 Zivilgefangene. Die schlimmste Behandlung ist den deutschen Kriegsgefangenen von den Franzosen zu teil geworden, im übrigen sind die Klagen gering. Durch private Opfermühseligkeit sind bisher 10 Millionen Mark Spenden eingetroffen. 150 Millionen hat die Reichsregierung zunächst zur Verfügung gestellt. Jeder Gefangene soll bei Heimkehr bei der Heimkehr eine Beihilfe von 300 Mark bekommen, ausgenommen die Ueberläufer. Diese Beihilfe kann in besonders gearteten Fällen bis auf 600 Mark erhöht werden, wenn die Gemeinde 150 Mark zuschießt. Bei der Entlassung soll ferner jeder Gefangene eine Abfindungssumme von 50 Mark und die Gebührnisse für acht Wochen erhalten.

Bern, 14. Juli. Nachdem die letzten Schwierigkeiten wegen der Entlassung der etwa 3000 noch in der Schweiz befindlichen deutschen Internierten beseitigt sind, wird die Kriegsinternierung in der Schweiz in etwa Monatsfrist beendet sein.

Rückgang in der Schulfuge.

Weimar, 14. Juli. (WBZ.) Zwischen den Parteien der Sozialdemokratie und des Zentrums ist in der Nationalversammlung ein Kompromiß auf dem Gebiet der Schulfugende aufkande gekommen, das sich auf die Artikel 145/46 des Verfassungsentwurfs bezieht. So wird zunächst bestimmt, daß der Wille der Erziehungsbehörden entscheiden soll, ob die Schulen innerhalb der Gemeinden für alle Befähigten gemeinsam, nach Befähigungen getrennt oder bekenntnisfrei (weltlich) sein sollen.

Es ist also doch eine Verständigung aufkande gekommen. Wenn auch das Zentrum mit seiner Erpreßpolitik nicht durchgekommen ist und manchen Fluch zurücklassen mußte, so wird von Sozialdemokraten die Lösung gewiß nicht bezweifeln. Aber aber als die zehnte Erfüllung unserer gewiß wichtigen Schulforderungen steht eben der Fortbestand unseres Gesamtvolkes und Landes; das zürstige zu machen, Deutschland zu zerstückeln droht die „vaterlandsfreundlichen“ Zentrumsler, deren Egoismus nach rechter Feilheitart vor nichts zurückbleibt. Die Unabhängigen, die bar jeder Verantwortung sind, können sich überheben; es ist eben etwas anders, wenn man die Verantwortung für das Geschick eines ganzen Volkes auf den Schultern trägt und sich dieser Verantwortung voll bewußt ist. Die Bestrebungen der Sozialdemokraten auf Festlegung der rein weltlichen Schule konnten leider nicht durchbringen, Zentrum: ab Sozialisten, die damals noch der Regierung angehörend, setzten den Religionsunterricht als orientierenden Bezugspunkt in der Verfassung durch. Der Religionsunterricht soll hiernach in Uebereinkunft mit den Bestimmungen der Kon-

Dieser Mangel muß also überwunden werden, wenn wir nicht dem schrecklichsten Elend, dem Scheitern aller Zukunftshoffnungen entgegengehen wollen. Er kann aber heute nur noch überwunden werden durch gründlichste Aenderung des ganzen Arbeitsverhältnisses auf den Kohlenbergbau. Die Förderung des wichtigsten Grundstoffes unserer Volkswirtschaft muß zu einer Sacke der Allgemeinheit, Arbeitsdienst im Kohlenbergbau zu einer vaterländischen Pflicht, der besten Lohn und höchste Anerkennung gebührt, gemacht werden. Alle Kräfte, die durch Abschaffung der militärischen Dienstpflicht freigegeben sind, sollten angereuert werden, sich für diesen Dienst zur Verfügung zu stellen, ohne dessen Erfüllung unter Volk des teuer erkauften Friedens nicht froh werden kann.

Neben den vielen Nöten, die unser Volk drücken, gehört die Kohlennot zu den ärgsten. Mit dem Friedensschluß und der Aufhebung der Blockade werden manche Nöte automatisch aus der Welt geschafft werden, aber auch mit dieser größten Gegenwartsnot muß das Volk um seiner selbst willen fertig werden.

gionsgesellschaften unbeschadet des Aufsichtsrechtes des Staates erteilt werden; aber die Erteilung des Religionsunterrichts soll der Willensklärung der Lehrer überlassen bleiben, die Festlegung der Kinder am Religionsunterricht, der Willensklärung der Erziehungsbehörden. Hinsichtlich der Konfessionsschule wurde nach langen Verhandlungen beschlossen, daß diese Frage der einseitigen Festlegung übertragen werden soll. In all diesen Bestimmungen zeigt sich der Kompromißcharakter der Kommissionsbeschlüsse. Mit der jetzigen Lösung ist die Angelegenheit nicht erledigt, der Kampf geht weiter, bis unsere sozialdemokratischen Schulforderungen restlos erfüllt sind. Dazu gilt es, die Sozialdemokratie zu stärken und sie wird gewiß in nicht allzu ferner Zeit stark genug sein, um die richtige Lösung zu treffen.

Weimar, 14. Juli. (WBZ.) Die große politische Wandlung, in der der Ministerpräsident Bauer, sowie der Reichsminister des Innern Müller ihre programmatischen Erklärungen abgeben werden, wird voraussichtlich am Donnerstag, den 17. Juli, stattfinden.

Die Aufhebung der Blockade.

Die Aufhebung der Blockade zieht naturgemäß immer weitere Kreise. Mit der Aufhebung sind auch alle Beschränkungen im Verkehr der alliierten Länder mit der Schweiz und Holland und von diesen beiden Ländern wieder nach Deutschland von Ententeleite amtlich aufgehoben worden. Auch sonst ist der Verkehr wieder in Gang gekommen und wie aus Hamburg gemeldet wird, ist am Sonntag der holländische Dampfer „Maas“ mit einer Ladung Getreide im Hamburger Hafen eingelaufen, als erster Holländer, der nach Aufhebung der Blockade ohne Kontrolle Hamburg angelaufen hat. „Neuene von den Dag“ meldet ferner aus London: Die britische Regierung hat Abgaben ausgeben, durch die die Wiederannahme des Handels mit Deutschland wieder ermöglicht wird.

Aber so ganz ohne Nebelspitzen wird man gegen Deutschland noch nicht arbeiten können. Nach einer Meldung des „Holländische Neuwachsbureau“ aus London soll noch keine Freie Fahrt für deutsche Schiffe sein. Durch die Aufkündigung des Friedensabkommens wurde der Handel mit Deutschland den Alliierten und Neutralen künftig wieder gestattet. Der Handel bleibt lediglich den Bestimmungen jedes einzelnen Landes unterworfen, sowie dem Vorbehalt, daß Schiffe mit feindlicher Flagge keine Hilfe machen dürfen, zu der sie nicht von der alliierten maritimen Waffenstillstandskommission ermächtigt sind. Die beschränkten Bestimmungen für die Fischerei wurden gleichfalls rückgängig gemacht.

Die französische Regierung hat, wie Paris meldet, die Ausfuhrbewilligung für gewisse Lebensmittel zufolge des Binnauflagens der Freie wieder zurückgezogen. In Amerika hat sich ein Ernst familiärer amerikanischer Fleischproduzenten gebildet, der aus „eher Menschenfreundlichkeit“ dafür sorgen wird, daß die fleischungerige Welt nicht etwa zum Schaden des

Salz und Sozialisten.

Erklärung der Stadtverordneten am 14. Juli.

Eine Kaiserliche Bescheidete.

Freiwillige werden werden. Man merkt: Hundstote und im Anhang. ...

Erhöhung der Magistratsgehälter. Er erklärt, wie der Magistrat durch die allgemeine Erhöhung ...

Im zu verzeichnen, daß die Hausbesitzer die durch Erhöhung ...

Der von den Demokraten gestellte Antrag, unter Abänderung ...

Tobem Kriegsschäden, wie auch sonstigen mitteilbaren Schäden ...

Die aus dem Schiedsgericht Bescheidene im Rechnungsjahr ...

Im 4 1/2 Uhr eröffnete Herr Borchert die Verhandlung ...

Ein 1/2 Uhr eröffnete Herr Borchert die Verhandlung ...

Ein 1/2 Uhr eröffnete Herr Borchert die Verhandlung ...

Ein 1/2 Uhr eröffnete Herr Borchert die Verhandlung ...

Ein 1/2 Uhr eröffnete Herr Borchert die Verhandlung ...

Ein 1/2 Uhr eröffnete Herr Borchert die Verhandlung ...

Ein 1/2 Uhr eröffnete Herr Borchert die Verhandlung ...

Wann man die konstitutionelle Schule abschafft, wäre eine ...

Weiter ist in der vor kurzem erstellten Grundkarte nicht die ...

Die aus dem Schiedsgericht Bescheidene im Rechnungsjahr ...

Im 4 1/2 Uhr eröffnete Herr Borchert die Verhandlung ...

Ein 1/2 Uhr eröffnete Herr Borchert die Verhandlung ...

Ein 1/2 Uhr eröffnete Herr Borchert die Verhandlung ...

Ein 1/2 Uhr eröffnete Herr Borchert die Verhandlung ...

Ein 1/2 Uhr eröffnete Herr Borchert die Verhandlung ...

Ein 1/2 Uhr eröffnete Herr Borchert die Verhandlung ...

Ein 1/2 Uhr eröffnete Herr Borchert die Verhandlung ...

Ein 1/2 Uhr eröffnete Herr Borchert die Verhandlung ...

Ein 1/2 Uhr eröffnete Herr Borchert die Verhandlung ...

Die Schuld an Krieg.

Ein Rückblick über die deutsche Außenpolitik der letzten dreißig Jahre.

Von Hans von Riezling.

Im Jahre 1897 hatte Bismarck die Leitung der deutschen Politik ...

Die deutsche Politik wird nachher sehr verschieden ...

Lehren der Europa verzeichnen sollte, nur der Punkt ...

Am 28. Juni 1914 wurde der österreichisch-ungarische Thronfolger ...

Während es in früheren Zeiten gelangen war, auf dem Balkan ...

Der objektive politische Entwicklung der letzten dreißig Jahre ...

Die letzten Staatsmänner beider politischen Kombinationen ...

berartigen Anspannung der militärischen Stellung, zu einem ...

Der objektive politische Entwicklung der letzten dreißig Jahre ...

Während es in früheren Zeiten gelangen war, auf dem Balkan ...

Der objektive politische Entwicklung der letzten dreißig Jahre ...

Die letzten Staatsmänner beider politischen Kombinationen ...

Einem Bestreben hielt die Demokratische Partei am Sonntag hier ab. Man entschied sich entgegen dem Parteivorstand vorzulegen. Programm für das Frühjahr 1914...

Die Hausangehörige für Hausangehörige ist beim Arbeitsamt der Stadt V. A. 111 erledigt worden. Sie führt sich rechtlich auf den Gemeindefiskus von 2. Februar 1914 über...

In den Tarifverhandlungen der Arbeitervereine und Angestelltenverbände erfahren wir, daß die Arbeiter jetzt abzu-

Die soziale Demokratie der Preussischen Landesversammlung überwiegt dem Parteivorstand als erste Rate aus der...

Die Geschichte zweier Städte.

Roman von Charles Dickens. Er sah sie seitwärts nach der Reiche an und sprach nach einer Pause mit halbgeöffneten Lippen: "Wollt Ihr mir dann eine Frage beantworten? Wie geht es Euch?"

ten. Die Geschworenen fanden ihn nur der schuldigen Täterschaft. Das Urteil lautete auf 2 Jahre Gefängnis.

Aus der Provinz.

Reichswald. Städt. Kirchenverkauf Mittwoch, 18. Juli auf Nr. 2501-2700. Die letzten Stadtkirchenverwaltungen...

Aus aller Welt.

Berlin. Die Defraudation eines Offiziers. Der Leutnant D. ... Berlin, 14. Juli. Am benachbarten Brandbach ist der bisher vergeblich gesuchte Wühler Kommando Selbe...

Parteinachrichten.

Die sozialdemokratische Fraktion der Preussischen Landesversammlung überwiegt dem Parteivorstand als erste Rate aus der...

Gemeinnützliches.

Das Erwerben der Landarbeiterschaft. In den beiden obersten Parteien Hof und Bamberg sind jetzt über 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert...

zum von sechs Jahren erstreckt. Die Mitgliederzahl am 30. Juni unter 3000 und liegt nach dem Wasserfallstand auf 9000...

Die Mehrheit des Senats gegen Wilson. Am 14. Juli. Die englischen Wähler bringen eine Erregung-Regung. Der republikanische Senat...

Letzte Neuigkeiten.

Beza, 14. Juli. (WZB.) In Rom klieben am Sonntag wieder die meisten Straßen geschlossen. Die Apotheken...

Die Mehrheit des Senats gegen Wilson. Am 14. Juli. Die englischen Wähler bringen eine Erregung-Regung. Der republikanische Senat...

Veränderung der Steuerkraft.

Deimar, 13. Juli. Der Reichsfinanzminister hat heute in einer Besprechung mit den Finanzministern der Gliedstaaten...

Ende des Berliner Straßenbahnstreiks.

Berlin, 15. Juli. (WZB.) Selbst: In der heute stattgefundenen Versammlung der Angehörigen der Großen Berliner Straßenbahn...

Ende des oberbayerischen Streiks.

München, 14. Juli. Der Streik im Münchner Bergrevier ist erloschen. In den Bergrevier der Charlottenstraße...

Der neue Brief über den Fluß, während der Bestäubung innerlich die reichlichen Einfälle herabsteht.

Der neue Brief über den Fluß, während der Bestäubung innerlich die reichlichen Einfälle herabsteht. Von einem Reichsrat wollten sie Wein mitnehmen. Als ihr Wein ausgelesen war, verabschiedete sich ein Mann von einem anderen in einer Ede und fand auf ein...